

Die Schweiz, die Verschuldung und das internationale Finanzkapital

Autor(en): **Bauer, Tobias / Hänsenberger, Urs / Mugglin, Markus**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft [2]: **Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital**

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652576>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz, die Verschuldung und das internationale Finanzkapital

In den 70er Jahren fand die eigentliche Erschliessung der Dritten Welt als neuer Markt für das internationale, „anlagesuchende“ Kapital statt. Sowohl die international operierenden Schweizer Multis und Banken wie auch die staatlich geförderte Exportindustrie stiegen voll in dieses profitträchtige Geschäft ein. Erkauft wurden die dabei gemachten lukrativen Gewinne vor allem mit der wachsenden Verschuldung der Drittwelt-Länder. Die sogenannte Verschuldungskrise von 1982 führte dann zu einer gewissen Umkehr, und vielerorts versuchten die internationalen Banken ihre Ausstände zu reduzieren. Gleichzeitig bot sich der schweizerische Finanzplatz als attraktive Zufluchtsstätte für das anschwellende Fluchtkapital aus den Krisenregionen an. Fehlertraditionen in der Schweiz gab und gibt es ja genug. Die andere Seite dieser Rückzugsgefechte bildet die Verlagerung der Kapital- und Warenströme in neue Wirtschaftsregionen. Gleichzeitig wird versucht, der rasant wachsenden Verschuldung mit flexibleren Strategien und Finanzinstrumenten zu begegnen.

Der folgende Beitrag versucht, die Rolle und Verantwortung der Schweiz im Zusammenhang mit der Verschuldung der Dritten Welt aufzuzeigen. Im ersten und zweiten Teil werden die Politik des schweizerischen Staates in diesem Zusammenhang dargestellt. Der dritte Teil befasst sich mit der Stellung des Finanzplatzes Schweiz im internationalen Finanz- und Bankensystem. Im letzten Teil folgt schliesslich eine Einschätzung einiger aktueller Tendenzen der von der Schweiz her betriebenen Schuldenökonomie.

I. Zur Entwicklung des Drittwelt-Geschäfts

Exportboom dank „neuen“ Märkten

Die Schweiz erlebte 1974/75 einen tiefen Kriseneinbruch. Das Bruttosozialprodukt ging deutlich zurück, die Beschäftigung nahm stärker ab als in jedem anderen westlichen Industrieland. Die hiesige Exportwirtschaft sorgte sich um ihren Absatz, im Bundeshaus bestellte man einen Krisenstab mit Vertretern der Wirtschaftsverbände, aus verschiedenen Verwaltungsstellen, der Nationalbank und der Zentrale für Handelsförderung. Dieser beschloss die vermehrte Umpolung der Diplomatie auf wirtschaftliche Belange, den Ausbau der Exportfinanzierung, die verstärkte Kreditgewährung an die Entwicklungsländer und die Ausrichtung der Handelsförderungszentrale auf die „neuen“ Märkte der Dritten Welt. Umworben waren fortan vor allem die neureichen Erdölländer sowie die Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas.

Es blieb nicht nur bei Worten. „Neue Kunden wurden vor allem in der Dritten Welt gefunden“, stellte der Bankier Hans J. Mast von der Schweizerischen Kreditanstalt fest. Die Region „Vorder-Asien“ (mit den arabischen Erdölländern) erwies sich als besonders interessant. Zwischen 1975 und 1982 erhöhten sich die schweizerischen Ausfuhren in diese Länder um etwas über 130 Prozent (vgl. Tabelle 1: Schweizer Exporte nach den Ländern der Dritten Welt). Dank den nordafrikanischen Erdölstaaten und Nigeria nahmen auch die Exporte nach dem afrikanischen Kontinent ab dem Kriseneinbruch Mitte der 70er Jahre deutlich zu. Gingen 1973 noch weniger als vier Prozent der schweizerischen Exporte nach den OPEC-Staaten, so erhöhte sich dieser Anteil bis 1982 auf fast neun Prozent.

Zugenommen haben auch die Ausfuhren nach den übrigen Regionen der Dritten Welt, nach Lateinamerika und „Übriges Asien“ (vgl. Tabelle 1). Allerdings fiel das Export-Wachstum in diese Regionen geringer aus.

Insgesamt erwies sich die Dritte Welt als überdurchschnittlich expansiver Markt. Wertmässig hatten sich die Schweizer Exporte in die Entwicklungsländer zwischen 1970 und 1975 mehr als verdoppelt. Wurde 1970 erst ein Sechstel aller Exporte mit ihnen abgewickelt, so war es fünf Jahre später bereits mehr als ein Fünftel. Bis ins Jahre 1982 änderte sich anteilmässig kaum etwas, wertmässig nahmen die Exporte zwischen 1975 und 1982 um fast zwei Drittel zu.

Während der Exportboom nach den Erdölländern auf einer steigenden Kaufkraft gründete, wurde er nach den anderen Ländern der Dritten Welt nur dank der Kreditformel „kaufe heute, bezahle morgen“ möglich. Die mit liquiden Mitteln reichlich ausgestatteten Banken waren noch so gern bereit, mitzutun. Die Statistiken der Schweizerischen Nationalbank weisen ab Mitte der 70er Jahre einen starken Ausbau schweizerischer Guthaben in der Dritten Welt aus. Von 1976 bis 1982 haben sie sich von 30 auf über 60 Mrd. Fr. mehr als verdoppelt. Rechnet man die Guthaben in den Finanzzentren der Karibischen Zone nicht mit, bleibt immer noch eine Zunahme der Kreditfähigkeit von etwas mehr als 70 Prozent (vgl. Tabelle 2).

Ein wesentlicher Teil des Kreditbooms ergab sich aus dem Zusammenspiel mit der steigenden Warenausfuhr. Das lässt sich aufgrund der starken Stellung Lateinamerikas unter den Kreditnehmern vermuten, wo die Importe zu einem wachsenden Teil fremdfinanziert wurden. Die Banken wären aber kaum für die Kreditexpansion zu haben gewesen, wenn nicht der Staat als Rückversicherer bereitgestanden wäre. Die vom Krisenstab im Bundeshaus beschlossene Ausweitung der Exportfinanzierung ermöglichte ein stärkeres Engagement der Exportrisikogarantie (ERG). Deren Verpflichtungen für Exporte nach der Dritten Welt nahmen von 2,6 Mrd. Fr. im Jahre 1973 auf über 14 Mrd. Fr. im Jahre 1980 zu (vgl. Tabelle 5). Allein in den Jahren 1977 bis 1979 hatten die Schweizer Banken netto (die in der gleichen Zeit zurückerstatteten Kredite schon berücksichtigt) für mehr als 4,7 Mrd. Fr. neue Exportkredite an die Dritte Welt gewährt (vgl. 4. Kolonne von Tabelle 3).

Die grosse Liquidität der Schweiz und die wachsende Nachfrage der Drit-

ten Welt nach Fremdmitteln führten zudem zu einer starken Beanspruchung des schweizerischen Kapitalmarktes (vgl. 6. Kolonne von Tabelle 3). Ende der 70er, anfangs der 80er Jahre nahmen vor allem lateinamerikanische Länder (Mexiko, Argentinien, Brasilien) in bedeutendem Umfang Anleihen in der Schweiz auf. Alle Drittweltländer beschafften sich in den vier Jahren von 1978 bis 1981 für rund 7 Mrd. Fr. Anleihensmittel. Die Entwicklungsbanken (insbesondere die Weltbank, aber auch die Asiatische und die Interamerikanische Entwicklungsbank) waren über alle Jahre hinweg wichtige Anleihenskunden. Bis Mitte 1988 hatte die Weltbank 25,2 Mrd. Dollar in Form von Franken-Anleihen in der Schweiz aufgenommen. Während die Entwicklungsbanken ende der 70er und anfangs der 80er noch für geringere Beträge als die Entwicklungsländer hierzulande Anleihen auflegten, änderte sich dieses Verhältnis nach 1982 zugunsten der Finanzierungsinstitutionen. In neuerer Zeit zeigen sich aber selbst diese zurückhaltend (vgl. 6. Kolonne von Tabelle 3).

Auch die Schweizer Multis setzten vermehrt auf die Märkte der Dritten Welt (vgl. 3. Kolonne von Tabelle 3). Betrugen die Investitionen in der ersten Hälfte der 70er Jahre zwischen 239 und 381 Mio. Fr. pro Jahr, so bewegten sie sich ab 1975 (mit Ausnahme von 1978) zwischen etwas über 500 und knapp 700 Mio. Fr. Die Investitionen lagen in der zweiten Jahrzehnthälfte um insgesamt 83 Prozent höher als in der ersten Hälfte.

Eine mittlere Macht unter den Gläubigern

Export- und Kreditboom gegenüber der Dritten Welt bedeuten aber noch nicht, dass die Schweizer Banken zu den grössten Gläubigern der Dritten Welt gehören. Gemessen an den gesamten Dritte-Welt-Forderungen der westlichen Banken machen die Forderungen der Schweizer Banken etwa 3,5 Prozent aus – sie stellen somit eine mittelstarke Gläubigermacht dar. Bei einzelnen Ländern kommt ihnen allerdings entscheidendes Gewicht zu (vgl. Tabelle 4). Dazu gehören mit der Türkei und Südafrika zwei international besonders umstrittene Staaten. In der Türkei haben die Schweizer Banken die Etablierung des Militärregimes gewissermassen honoriert, und in Südafrika tragen sie zur finanziellen Stabilisierung des Apartheid-Staates bei. Bei den lateinamerikanischen Gross-Schuldnern sind einzelne Banken immerhin so stark engagiert, dass sie bei den nach 1982 üblich gewordenen Umschuldungen in den Verhandlungskomitees der Banken Einsitz haben. „So wirkt beispielsweise die Kreditanstalt in den Ausschüssen für Argentinien, Chile und Uruguay, die Bankgesellschaft in jenem für Brasilien und der Bankverein in denen für Mexiko und Venezuela mit.“ (Gerster 1987, 41)

Auch aus Sicht der Schweiz sind die Banken gegenüber der Dritten Welt nicht besonders stark exponiert. Gegenüber den Problemländern hatten die Schweizer Banken nach 1982 gegen 25 Mrd. Fr. ausstehend, was zwar keine Kleinigkeit darstellt, aber doch nur etwa einen Zehntel der gesamten Auslandsforderungen der Schweizer Banken ausmacht. Auch im Vergleich zum Eigenkapital schnitten die Schweizer Banken schon 1982 weit besser als die

US-Banken ab. „Nur“ rund zwei Drittel der ausgewiesenen Eigenmittel hätten 1982 durch Schulden der Dritten Welt gefährdet werden können. Und seither ist dieser Wert deutlich gesunken – auf 42 Prozent im Jahre 1985 und seither noch tiefer. Bei den überdurchschnittlich auslandorientierten fünf Grossbanken machen die Ausleihungen an die Dritte Welt aber noch im Jahre 1985 rund 65 Prozent ihrer Eigenmittel aus (Gerster 1987, 38).

Spitze als Fluchtgeldhafen

Die Schweizer Banken stellten der Dritten Welt nicht nur wachsende Kreditsummen bereit, sondern wurden gleichzeitig zusehends beliebter als Zufluchtsort für Gelder aus den armen Ländern. In den offiziell ausgewiesenen Statistiken schlägt sich das in den Verpflichtungen der Schweizer Banken gegenüber dem Ausland nieder (vgl. Tabelle 2). Gegenüber den Ländern der Dritten Welt machten diese im Jahre 1976 „erst“ knapp 50 Mrd. Fr. aus, sechs Jahre später aber rund 115 Mrd. Fr. – sie verzeichneten damit ein Wachstum von über 130 Prozent. Die aus der Dritten Welt stammenden Einlagen bei Schweizer Banken liegen damit deutlich über den von den Schweizer Banken an die Dritte Welt gewährten Kredite. Diese Kluft hat sich seit den 70er Jahren vertieft. Nach 1982 öffnet sich eine eigentliche Krisenscheure. Während bei der Krediterteilung vorerst Stagnation und später ein Abbau resultiert, schwellen die Fluchtgeldströme weiter an. Die Differenz zwischen den Guthaben und den Verpflichtungen gegenüber der Dritten Welt wächst von 54 Mrd. Fr. im Jahre 1982 auf 84 Mrd. Fr. vier Jahre später an (vgl. Tabelle 2).

Als Fluchtgeldhafen hat die Schweiz auch im internationalen Vergleich grosse Bedeutung. Die offiziell ausgewiesenen Einlagen aus der Dritten Welt machen nämlich rund einen Siebtel der gesamten Einlagen bei allen westlichen Banken aus. Hinzu kommen weitere, statistisch nicht ausgewiesene Anlagemöglichkeiten für Fluchtgelder (siehe dazu unter III.).

Rückzug aus den Problemländern

Gegenüber den stark verschuldeten Problemländern zeigten sich die Schweizer Banken bereits zu Beginn der 80er Jahre zurückhaltender. In Südamerika bauten sie ihre Guthaben schon 1981 leicht ab. Diese Entwicklung schlägt sich bei den Exportkrediten nieder, wurden doch die in den Jahren 1981 und 1982 neu gewährten Gelder von den in der gleichen Zeit an unser Land zurückerstatteten Beträgen übertroffen. Die grössere Vorsicht wirkte sich auch im starken Rückgang der neuen Bankkredite an die Entwicklungsländer aus (vgl. Tabelle 3).

Diese Tendenzen spiegelten sich auch im Warenexportgeschäft mit den Nicht-Erdölländern unter den Staaten der Dritten Welt wider. Die entsprechenden Einnahmen lagen 1982 und 1981 auf dem praktisch gleichen Niveau. Zurückhaltung auch bei der Erteilung der Exportrisikogarantie, was bereits 1981 zu einer Abnahme der Verpflichtungen bei Exporten nach der

Dritten Welt führte.

1982 kündete eine Wende in den wirtschaftlichen Beziehungen der Schweiz zur Dritten Welt an, obschon die Entwicklung vorerst noch widersprüchlich war. Während die Schweizer Banken den Rückzug aus Nordafrika bereits 1982 antraten, folgte er aus Schwarzafrika 1984. In Südamerika bauten sie ihre Kreditguthaben nach 1984 und gegenüber Zentralamerika erst 1986 ab. Der Mittlere Osten blieb hingegen nach wie vor attraktiv, und Fernost gewinnt gar weiter an Bedeutung.

Die Schweizer Banken reduzierten ihr Engagement stärker als andere westliche Banken. Die Forderungen gegenüber Südamerika und Afrika wurden von 1982 bis 1987 um rund einen Drittel von 17 auf etwas über 11 Mrd. Fr. abgebaut.

Das unterschiedliche Tempo beim Rückzug hängt zweifellos mit den damit verbundenen Risiken zusammen. Mit anderen Worten: In mehreren Fällen blieb ihnen nichts anders übrig, als vorerst von einem Rückzug abzusehen, um eine noch grössere Finanzkrise zu verhindern, die das gesamte internationale Finanzsystem und folglich auch die Schweizer Banken gefährdet hätte. Es bestand für die privaten Institute und die Schweizerische Nationalbank gewissermassen eine Zwangsverpflichtung, mit Überbrückungskrediten die Löcher kurzfristig zu stopfen.

Das „Ausharren“ war kaum mehr mit Warenausfuhren verknüpft. Mit Ausnahme des Jahres 1983 wurden der Schweiz regelmässig mehr Exportkredite zurückbezahlt als neue gewährt (vgl. Tabelle 3). Die Warenausfuhren nach Afrika, nach den Mittel-Ost-Ländern und nach Lateinamerika nahmen ab. Den grössten Rückschlag gab es bei den Exporten nach Afrika. Zwischen 1982 und 1987 gingen sie um 44 Prozent zurück. Etwas weniger krass, aber mit 29 Prozent noch immer sehr deutlich, fiel die Reduktion nach den vorderasiatischen Ländern (bis Afghanistan) aus. Im Vergleich dazu fiel die Baisse im Lateinamerika-Handel mit minus 8 Prozent glimpflich aus.

Umsteigen nach Fernost

Von der Dritten Welt bleiben vor allem die asiatischen Länder umworben. Die Kredite in diese Region haben zwischen 1982 und 1987 um fast 90 Prozent zugenommen (vgl. Tabelle 2). Auch die Warenausfuhr in diese Region nahm deutlich zu. Zwischen 1982 und 1987 resultierte eine Zunahme von 64 Prozent. An Bedeutung gewonnen haben insbesondere die als Billiglohnländer gefürchteten Konkurrenten Hongkong, Taiwan, Singapur und Südkorea. Ein wichtiger Exportmarkt stellt inzwischen auch die Volksrepublik China dar, die nach Japan und Hongkong gar zum drittwichtigsten Käufer schweizerischer Güter in der Region wurde.

Auch die Schweizer Investoren zieht es mehr und mehr nach Fernost. Entfielen von den schweizerischen Privatinvestitionen in der Dritten Welt in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nur elf Prozent auf Asien, so hat sich deren Anteil für die Jahre 1981 bis 1986 erheblich auf 23 Prozent verstärkt. Im Jahre 1984 wurden sogar praktisch alle Dritte-Welt-Investitionen und 1985 im-

merhin gut ein Viertel in Asien getätigt. Und wenn man die Meldungen in den Medien verfolgt, so lässt sich in neuster Zeit eine noch stärkere Orientierung nach dem Fernen Osten vermuten. Allein seit Herbst 1988 gaben die Ciba-Geigy (China, Indien, Südkorea), Schindler (China), ABB, die Zürich-Versicherung, die Wild-Leitz (Singapur) solche Investitionsvorhaben bekannt. Auch die Banken bauen ihre Präsenz in dieser Region aus – der Bankverein eröffnet Vertretungen in Südkorea und China, die Bankgesellschaft in Taiwan.

II. Staatliche Absicherung der privaten Wirtschaft

„Leistungen der Schweiz an die Dritte Welt: Die privaten überwiegen bei weitem!“ – dergestalt klopfte sich die Schweizer Wirtschaft Ende der 70er Jahre selbst auf die Schultern. Wenn es sich bei den privaten „Leistungen“ natürlich auch um alles andere als „Hilfe ohne Geschenke“ – so der Titel der zitierten PR-Broschüre – handelt, traf die Aussage zu jener Zeit zumindest rein statistisch noch zu. Die privaten Kapitalflüsse übertrafen damals die öffentliche Entwicklungshilfe um mehr als das Zwanzigfache. Im Gefolge der Schuldenkrise ändert sich das Verhältnis aber grundlegend. Während die privaten Flüsse, wie schon ausgeführt, drastisch zurückgehen, wird die Entwicklungshilfe langsam aber kontinuierlich erhöht. In der ersten Hälfte der 80er Jahre beträgt das Verhältnis von öffentlichen zu privaten Flüssen noch etwa eins zu zehn, 1987 übertrifft die Entwicklungshilfe die negativ gewordenen privaten Flüsse erstmals deutlich (vgl. Tabelle 3). Der bescheidene Anstieg der schweizerischen Entwicklungshilfe, deren Umfang noch immer klar unter dem OECD-Mittel liegt, vermag den enormen Rückgang der Gesamtflüsse natürlich nicht zu verhindern: Flossen im Rekordjahr 1979 mehr als acht Milliarden Franken aus der Schweiz in die Dritte Welt, finanzierte die Dritte Welt die Schweiz 1987 mit über zwei Milliarden Franken.

Entwicklungshilfe als Exporthilfe

Seit 1981 werden im bundesrätlichen Aussenwirtschaftsbericht Berechnungen über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Entwicklungshilfe auf die Schweiz aufgeführt. Zwischen 1981 und 1986 leistete die Schweiz Entwicklungshilfe in der Höhe von 3,5 Milliarden Franken. Dem stehen volkswirtschaftliche Rückwirkungen in Form von Aufträgen für die Schweiz, Expertenlöhnen etc. von 3,3 Milliarden Franken gegenüber. Pro Entwicklungshilfefranken fliessen also durchschnittlich 90 Rappen in die Schweiz zurück. Bei dieser Rechnung sind Weltbankaufträge in der Höhe von 2,3 Milliarden Franken noch gar nicht berücksichtigt. Das Schaubild *„Wieviel unsere staatliche Entwicklungshilfe der Schweiz nützt“* zeigt für das Jahr 1986, wie sich der Rückfluss auf die unterschiedlichen Formen der Entwicklungszusammenarbeit verteilt. Die Zahlen machen klar, dass der Entwicklungshilfe eine strategische Rolle bei der Exportstützung zukommt. Dabei geht es angesichts der Grössenverhältnisse nicht darum, dass die Ent-

Wieviel unsere staatliche Entwicklungshilfe der Schweiz nützt

Entwicklungshilfe nützt auch der Schweiz, indem mit Schweizer Hilfsgeldern direkt Schweizer Produkte eingekauft werden oder Schweizer Personal angestellt wird. Darüber hinaus plazieren internationale Entwicklungsbanken Aufträge in der Schweiz. 1986 machte die öffentliche Hilfe der Schweiz 706 Mio. Fr. aus; volle 645 Mio. Fr. wurden in der Schweiz ausgegeben. Mit anderen Worten: Pro Entwicklungshilfe-Franken flossen der Schweizer Wirtschaft Aufträge für 90 Rappen zu, Bestellungen seitens der Weltbank von 327 Mio. Fr. nicht einmal eingerechnet. Gegen die Förderung des Geschäfts mit Geschenken ist nichts einzuwenden, sofern die entwicklungs-politischen Grundsätze nicht verletzt werden. Je nach der Form bleibt ein unterschiedlicher Teil der Hilfe in der Schweiz:

Hauptformen der Entwicklungszusammenarbeit

Pro Hilfsfranken werden in der Schweiz ausgegeben:

Technische Zusammenarbeit

55 Rappen

v. a. für Schweizer Entwicklungshelfer (64 Mio. Fr.) und Einkäufe von UNO-Organisationen (57 Mio. Fr.) in der Schweiz



Humanitäre Hilfe

92 Rappen

u. a. für Schweizer Milchprodukte (31 Mio. Fr.) und Schweiz-bezogene Ausgaben des IKRK (86 Mio. Fr.)



Finanzhilfe

1 Fr. 65 Rappen

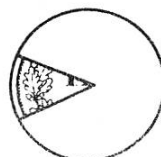
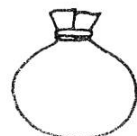
v. a. Einkäufe von regionalen Entwicklungsbanken (103 Mio. Fr.) und der Weltbanktochter IDA (123 Mio. Fr.) in der Schweiz



Wirtschaftliche Massnahmen

1 Fr. 13 Rappen

v. a. Einkäufe in der Schweiz dank Mischkrediten (61 Mio. Fr.)



Quelle: DEH

aus: 10 Jahre Aktion Finanzplatz Schweiz - Dritte Welt, Bern 1988

wicklungshilfe den Rückgang der Privatflüsse ausgleichen könnte. Vielmehr wird die Entwicklungshilfe eingesetzt, um in ausgewählten, vor allem ärmeren Ländern der Dritten Welt noch gezielt Märkte aufrecht zu erhalten.

In diesem Zusammenhang kommt den Ende der 70er Jahre eingeführten „wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit“ grosse Bedeutung zu. Ein erster Rahmenkredit von 200 Millionen Franken wurde 1978 verabschiedet, weitere derartige Rahmenkredite von 350 und 430 Millionen Franken folgten 1982 und 1986. Der Anteil dieser Massnahmen an der gesamten Entwicklungshilfe hat sich bei etwa zehn Prozent eingependelt. Zu rund 80 Prozent werden diese Gelder für Mischkredite und Zahlungsbilanzhilfe eingesetzt, wobei sich Mischkredite auf Länder mittleren Einkommens und Zahlungsbilanzhilfe auf die ärmsten Länder konzentrieren. Die sich aus einer Bankentranche zu kommerziellen Bedingungen und einer Bundestranche zu konzessionären Bedingungen (heute à fonds perdu) zusammensetzenden Mischkredite sind liefergebunden, d.h. sie dienen gänzlich der Finanzierung schweizerischer Exporte. Die nichtrückzahlbaren Zahlungsbilanzhilfen sind formal nicht liefergebunden, werden aber trotzdem zum grössten Teil zur Finanzierung schweizerischer Güterlieferungen und Dienstleistungen eingesetzt. Für jeden Franken „Entwicklungshilfe“ im Bereich der wirtschafts- und handelspolitischen Massnahmen flossen 1986 1,13 Franken wieder in die Schweiz zurück. Dank Mischkrediten und Zahlungsbilanzhilfen kann sich die schweizerische Exportwirtschaft somit Märkte offenhalten, die infolge der Schuldenkrise andernfalls abzuschreiben wären (vgl. konkrete Länderbeispiele bei Bauer/Mugglin 1986, S.6f.). Noch stärker ist der Exportförderungseffekt bei der Finanzhilfe (an regionale Entwicklungsbanken und die Weltbanktochter IDA). Volle 1.65 Franken an Exportaufträgen brachte ein in diesem Bereich verwendeter Entwicklungshilfe Franken 1986 ein.

Internationaler Schulterschluss

In diesem Zusammenhang zeigt sich auch, wie über die Entwicklungshilfe mehr und mehr der Schulterschluss mit der internationalen Gläubigergemeinschaft und der Politik von IWF/Weltbank vollzogen wird. Nachdem die Schweiz schon in den letzten Jahren steigende Beiträge an die IDA gewährt hat, erhält die Weltbanktochter für den Zeitraum von 1988 bis 1990 ein ungebundenes Darlehen von 280 Millionen Franken. Mindestens 100 Millionen davon sind für Mitfinanzierung von Strukturanpassungsprogrammen vorgesehen. Das IDA-Darlehen stellt nur ein Beispiel für das stetige Anwachsen der multilateralen Entwicklungshilfe dar. Als offizielle Richtschnur gilt zwar, nicht mehr als 30 Prozent der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit über multilaterale Kanäle abzuwickeln. Wird aber die statistisch verdeckte multilaterale Hilfe mitgezählt, ergibt sich heute ein Anteil um die 50 Prozent. Von Hilfswerkseite wird in diesem Zusammenhang kritisiert, dass ein „eigentliches Konzept multilateraler Hilfe mit klaren entwicklungspolitischen Schwerpunkten fehlt“ (Gerster 1987, S.246). Der Schwerpunkt

dürfte in der Tat nicht bei den entwicklungspolitischen, sondern den ausserwirtschaftlichen Überlegungen liegen.

Obwohl die Schweiz nicht Mitglied von Weltbank und IWF ist, hat sie sich in den letzten Jahren schrittchenweise in diese Institutionen integriert (vgl. Schaubild *“Die Beziehungen der Schweiz zu IWF und Weltbank“*). 1984 wurde sie Vollmitglied des „Zehnerclubs“, welcher die wichtigsten Industrienationen innerhalb des IWF vereint. Verbunden damit war die Bereitstellung von rund 1,9 Milliarden Franken an Kreditreserve für den IWF (welche dieser bis heute allerdings nicht beansprucht hat). An der IWF-Herbsttagung 1988 in Berlin wurde Bundesrat Otto Stich zum Präsidenten dieses exklusiven Clubs gewählt. 1987 erfolgte der schweizerische Beitritt zur neugegründeten, der Weltbankfamilie angehörenden multilateralen Investitionsrisikogarantie-Agentur (MIGA). Der Mitgliederbeitrag von 33 Millionen Franken wurde dem Entwicklungshilfebudget belastet. Im letzten Jahr schliesslich beteiligte sich die Schweiz mit knapp 400 Millionen Franken aus der allgemeinen Bundeskasse an der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität (ESAF) des IWF. Die ESAF vergibt Kredite zu niedrigen Zinsen an die ärmsten Entwicklungsländer – das Zückerchen, um die IWF-Anpassungsmassnahmen durchzusetzen (vgl. die ausführliche „Kritik der Erklärung von Bern an der schweizerischen Beteiligung an der ESAF“, 1988).

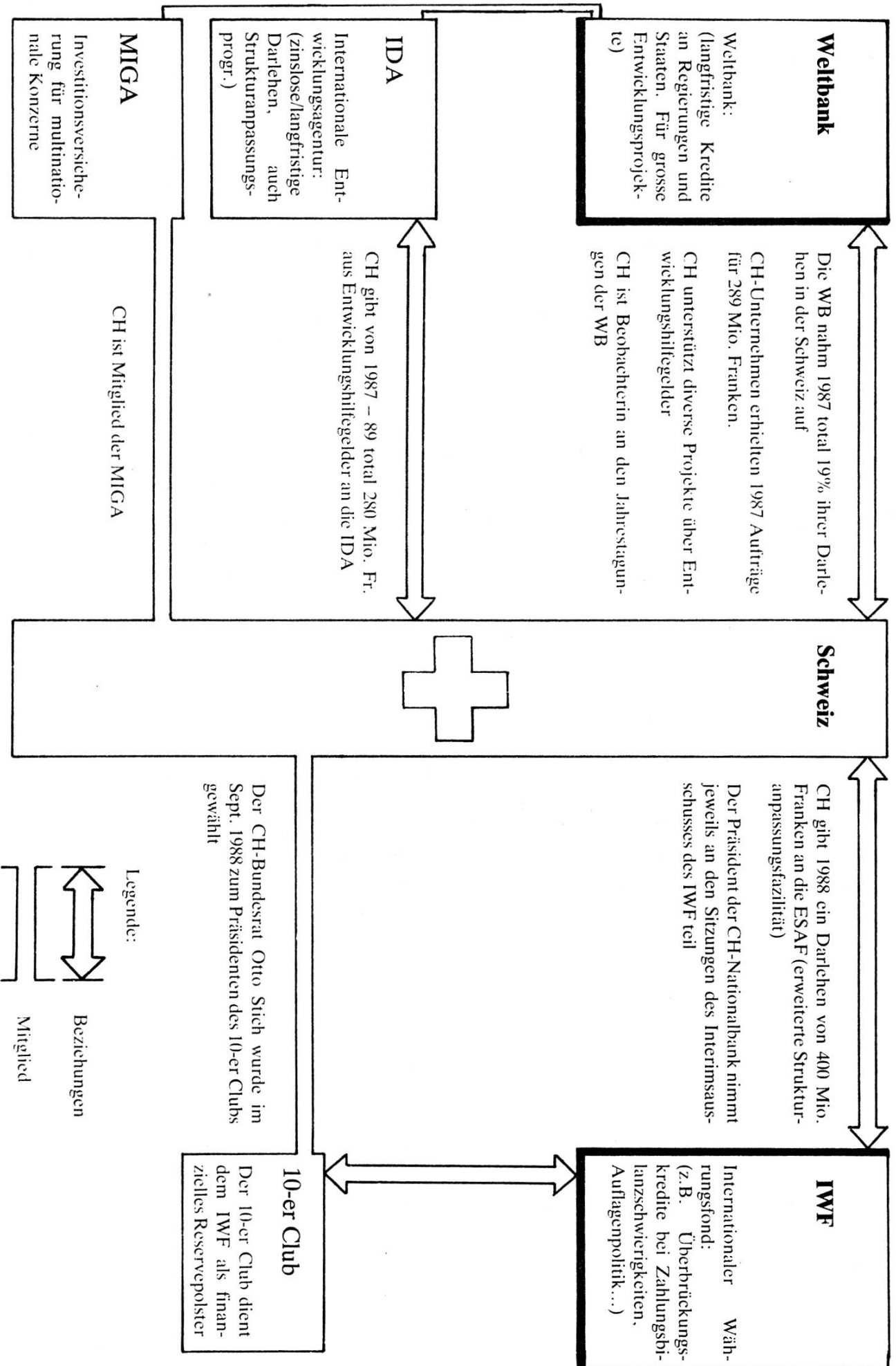
Im Konzert der internationalen Finanzorganisationen spielt auch die Schweizerische Nationalbank eine Rolle. Seit dem Ausbruch der offenen Schuldenkrise 1982 gewährte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) Überbrückungskredite in Milliardenhöhe an Länder wie Mexiko, Argentinien, Brasilien oder Jugoslawien. Voraussetzung für solche Kredite war und ist, dass diese Länder in aussichtsreichen Umschuldungsverhandlungen mit dem IWF stehen. Nach Abschluss der Verhandlungen werden die Kredite mit IWF-Krediten zurückbezahlt. Seit 1983 hat sich die Nationalbank in 13 Fällen mit Zusagen von 277 Millionen Dollar und 416 Millionen Franken beteiligt (SNB-Quartalshefte 1/83-5/88).

Sozialisierung des Risikos

Ob bilaterale Entwicklungshilfe oder Beiträge an multilaterale Organisationen – in jedem Fall dienen die öffentlichen Gelder direkt oder indirekt auch zur Sicherung der privaten Kreditforderungen. Das Verlustrisiko der privaten Gläubiger wird somit zu einem guten Teil durch die Öffentlichkeit übernommen – im Gegensatz zu den weiterhin privaten Gewinnen.

Generell ist festzustellen, dass gerade die ärmeren und ärmsten Schuldnerländer ihren Verpflichtungen nur dank dem Zufluss von konzessionären, öffentlichen Geldern nachkommen können. Auf der makroökonomischen Ebene gesehen ist die Entwicklungshilfe zur Schuldentrückzahlungshilfe verkommen. Zudem werden diese Leistungen gezielt eingesetzt, um die Schuldnerländer bei der Stange zu halten. „Im wesentlichen“, so rechtfertigte der Bundesrat den ESAF-Beitrag unverblümt, gehe es darum, „die Schuldnerdisziplin und damit die internationale Währungsordnung aufrecht zu erhal-

Die Beziehungen der Schweiz zu IWF und Weltbank



ten“ (ESAF-Botschaft, BBl 1988 II, S.1465).

Neben den bisher aufgeführten Instrumenten sind zwei weitere Mechanismen der Verlust-Sozialisierung von grösster Bedeutung: Steuerverluste und Exportrisikogarantie. Die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) verpflichtet die Schweizer Banken, auf ihren Krediten in den Problem-Schuldnerländern per Ende 1988 Rückstellungen von 35 Prozent vorzunehmen. Per Ende 1989 werden differenziert 50 Prozent für Finanzkredite und 10 Prozent für üblicherweise nicht in Umschuldungen einbezogene kurzfristige Handelskredite verlangt. Verschiedene Banken haben schon weit höhere Rückstellungen vorgenommen. Im gleichen Ausmass wie in einem Jahr Rückstellungen gebildet werden, vermindert sich in der Jahresrechnung der Bank der steuerbare Reingewinn. Der Bundeskasse sind in den letzten Jahren somit entsprechend Steuereinnahmen verloren gegangen. Ausgehend von einem Kreditumfang von 20 Milliarden Franken, durchschnittlichen Rückstellungen von 50 Prozent und einem Gewinnsteuersatz von 10 Prozent, kann der gesamte Steuerverlust im Gefolge der Schuldenkrise auf rund eine Milliarde Franken geschätzt werden. Dieser Sozialisierungsmechanismus stellt allerdings keine Besonderheit der Drittwelt-Verschuldung dar. Rückstellungen und Abschreibungen, die sich auf die Steuereinnahmen des Bundes auswirken, werden auch auf Bankforderungen gegenüber inländischen Schuldnern vorgenommen.

Die 1934 geschaffene Exportrisikogarantie (ERG) ist das wichtigste Absicherungsinstrument der privaten Gläubiger. Bei dieser vom Bund getragenen Versicherung können die schweizerischen Exporteure das Risiko, dass bei Auslandslieferungen der Schuldner nicht bezahlen kann oder will, gegen eine Prämiengebühr absichern. Im Prinzip ist diese Möglichkeit auf öffentlich-rechtliche Schuldner beschränkt; bei den Ländern der Dritten Welt betrifft dies aber nahezu alle Lieferungen (da der Schuldnerstaat fast immer als Garant involviert ist). Dank der ERG konnten die Exporteure/Banken ihre Exportoffensive der 70er Jahre unbekümmert um die Entwicklungseffekte ihrer Lieferungen abwickeln. Auch wenn sie den Schuldnerländern überdimensionierte, unnötige, unproduktive Exporte andrehten, mussten sie sich um die Rückzahlung nicht sorgen. Bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldners springt die ERG in die Lücke und zahlt den Exporteur aus, der lediglich den Selbstbehalt von etwa 20 bis 30 Prozent als Risiko tragen muss. Aufgrund der entwicklungspolitischen Kritik wurde dem ERG-Gesetz 1981 ein Artikel beigefügt, der bei Exporten nach ärmeren Entwicklungsländern die Berücksichtigung der Grundsätze der schweizerischen Entwicklungspolitik postuliert. Angesichts der einseitig aus Vertretern der Wirtschaft und der wirtschaftsfreundlichen Verwaltung zusammengesetzten ERG-Kommission und der fehlenden Transparenz ist dieser Artikel weitgehend toter Buchstabe geblieben, wie auch die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates in ihrem Bericht für 1987 feststellt.

Von 1975 bis 1980, zur Zeit des Kreditbooms, verdreifachte sich der Betrag der ausstehenden ERG-Garantien von 8 auf 25 Milliarden Franken. Seither ist er wieder auf etwa 10 Milliarden geschrumpft (vgl. Tabelle 5). Der

Anteil der Dritten Welt liegt in den letzten Jahren bei 70 bis gut 80 Prozent – bei steigender Tendenz. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wuchsen die Schadensauszahlungen der ERG stark an, in den 80er Jahren liegen die jährlichen Schadensauszahlungen immer über einer Viertelmilliarde Franken. Die Gebühreneinnahmen sanken demgegenüber auf weit unter hundert Millionen ab. 1977 wurde die ERG defizitär, seit 1982 können die Defizite nicht mehr mit den ERG-eigenen Reserven gedeckt werden. Der Bund springt mit Bundesvorschüssen ein, die bis Ende 1987 auf 1179 Millionen Franken angestiegen sind und gemäss Bundesfinanzplan bis 1990 auf 1734 Millionen weiterwachsen. Diesen Vorschüssen stehen Konsolidierungsforderungen der ERG gegenüber den Schuldnerländern in der Höhe von 1341 Millionen per Ende 1987 gegenüber. Darunter sind die Forderungen zu verstehen, welche die ERG gegenüber den Schuldnerländern erhält, nachdem sie den Exporteur ausbezahlt hat. Im Vergleich zu den normalen Rückzahlungen ERG-gedeckter Exportkredite, die von 1980 bis 1987 zu einem Abbau des ausstehenden ERG-Engagements gegenüber der Dritten Welt um rund sechs Milliarden Franken geführt hat, nimmt sich dieser Betrag eigentlich recht bescheiden aus. Die Zahlungsmoral der Schuldnerländer nimmt zum Teil absurd anmutende Ausmasse an. So haben beispielsweise die kleineren ärmeren Entwicklungsländer 1987 in derartigem Umfang Rückzahlungen geleistet, dass die ERG ihr Engagement gegenüber dieser Ländergruppe von 830 auf 190 Millionen Franken reduzieren konnte (vgl. Mosquito 10/88, S.18f).

Anstehende Sozialisierungsdebatte

Die prekäre Finanzsituation der ERG ist aber nur zum Teil Folge der Verschuldungskrise. Denn die 1975 aktivierte Möglichkeit der Währungsrisikoabsicherung, die 1985 wieder sistiert wurde, hat bis heute ein Loch von 875 Millionen Franken in die ERG gerissen. In Zeiten der stark schwankenden Wechselkurse musste die Währungsrisikogarantie zwangsläufig zum finanziellen Desaster bzw. zu einem Selbstbedienungsladen für die Exporteure werden. Obwohl die ERG von Gesetzes wegen die Bundesvorschüsse zurückzahlen müsste, plant das federführende Volkswirtschaftsdepartement, diese Verluste aus der Währungsabsicherung abzuschreiben und entsprechend Vorschüsse in Zuschüsse umzuwandeln. Für die Schuldnerländer würde ein solcher Schritt gar nichts ändern. Demgegenüber fordert FDP-Nationalrat Salvioni in einer im Sommer 1988 eingereichten Motion, allfällige Abschreibungen von Bundesvorschüssen als entwicklungspolitisches Instrument zur Entschuldung der ärmeren Entwicklungsländer einzusetzen. Dabei wäre sicherzustellen, dass auch die Exporteure bei Schuldenerlassen im Rahmen des nichtgarantierten Teils mitziehen.

Die ERG-Sanierung wird in der nächsten Zeit wohl im Vordergrund der schweizerischen Schuldendebatte stehen. Da die Schweiz ihre Entwicklungshilfe nicht auf Kreditbasis vergibt, bestehen ihre öffentlichen Forderungen gegenüber den Entwicklungsländern nahezu vollumfänglich aus den

ERG-Konsolidierungskrediten. Während bei den ERG-Systemen anderer Länder (Hermes-Bank in BRD, Exim-Bank in USA) die Abbuchung der Verluste über das Staatsbudget automatisch vorgenommen wird, gibt eine solche direkte Sozialisierung der gesetzlich zur Eigenfinanzierung verpflichteten ERG in der Schweiz immerhin noch zu Diskussionen Anlass. Dies eröffnet auch die Möglichkeit, die anstehende Diskussion mit entwicklungspolitischen Forderungen bezüglich Entschuldung und entwicklungspolitischer Kontrolle der ERG zu verknüpfen.

III. Der Finanzplatz Schweiz als Teil des internationalen Finanzsystems. Einige Aspekte.

Wenn wir auf dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen die Rolle der Schweiz im Verschuldungsprozess der Dritten Welt analysieren wollen, können wir also davon ausgehen, dass neben ihrer Eingliederung in das globale imperialistische Ausbeutungssystem auch von einer Sonderrolle gesprochen werden kann. Der enorme Grad an Auslandverflechtung der schweizerischen Wirtschaft ist dabei nur ein – hinlänglich bekanntes – Stichwort. Es verweist einerseits auf die spezifisch sekundärimperialistischen Abhängigkeitsverhältnisse (Ziegler 1982, 29ff.) dieser Ökonomie, andererseits aber auch auf die führende Rolle des Finanzplatzes Schweiz in spezifischen Sektoren des Bankengeschäfts. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, noch einmal darauf zu verweisen, dass die ganze Verschuldungsproblematik nicht einfach auf eine überrissene Kreditaufnahme der Dritte Welt-Länder – mit ihren vielfältigen negativen Spielarten – zurückgeführt werden kann, sondern ebenso Teil und Resultat einer viel umfassenderen Entwicklung ist, nämlich des Weltmarktes und des internationalen Bankensystems. Diese Entwicklung wurde und wird dominiert von den imperialistischen Zentren bzw. von den von hier aus operierenden internationalen Kapitalien. Deren jüngste Phase hängt u.a. sehr eng zusammen mit der Globalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte und damit des Bankengeschäfts. Verbunden damit ist auch eine weltweite Verlagerung der und Neukristallisation von Wirtschaftszentren (Stichwort: Nordostasiatischer Raum; EG 1992), was insgesamt auf Modifikationen im globalen Akkumulationsmodell (Banken, Produktion, Handel) verweist.

Diese Entwicklungen stellen auch die Analyse vor neue Probleme. Konnte noch 1982 mit dem Ausbruch der sog. Verschuldungskrise ein Zusammenbruch des internationalen Finanzsystems als Folge verschiedenster Bankenzusammenbrüche erwartet werden (Strahm 1983, Haymoz 1983), so hat sich dieses inzwischen als relativ stabil erwiesen, und die internationalen Gläubigerbanken können heute aufgrund der inzwischen getätigten Rückstellungen aus einer Position der Stärke heraus gegenüber den Schuldnerländern agieren. Selbst den Börsencrash vom Oktober 1987 hat das internationale Finanzsystem – zumindest kurzfristig – verkraften können. Wenn überhaupt, kann von Stabilität aber nur bezogen auf den hegemonialen Teil des Finanzsystems gesprochen werden, bleiben doch mit solchen Feststellungen die kri-

sengeschüttelten Ökonomien der Schuldnerländer der Dritten Welt (die USA wären unter anderen Vorzeichen abzuhandeln) ausgeklammert.

Merkmale des Finanzplatzes Schweiz

Um die Rolle der Schweiz in dieser Entwicklung anhand einiger ausgewählter Merkmale etwas präziser bestimmen zu können, müssen wir einen kurzen Blick zurück werfen. So gehören das Wachstum und die Internationalisierung des Finanz- und Bankenplatzes Schweiz und – damit seiner Machtstellung – in die Nachkriegszeit. Die Ausgangsbasis dazu lieferten unter anderem die Geschäfte mit den Nazis und den Alliierten während der Kriegszeit, als sich die „neutrale“ Schweiz als Drehscheibe für Finanzgeschäfte aller Art anbot und die Banken riesige Geld- und Goldvermögen anhäuften und verwalteten. Dazu kamen und kommen die vielbeschworenen günstigen sozialen, politischen, gesetzlichen und natürlich auch wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die es dem Finanzplatz Schweiz erlaubten, im Finanz- und Währungssystem der Nachkriegszeit (Bretton Woods) eine exzellente Position auszubauen. Obwohl die internationalen Konkurrenzbedingungen heute wegen den weltweiten Liberalisierungsbemühungen etwas härter geworden sind, haben die Schweizer Banken ihre Spitzenstellung in den von ihnen forcierten Geschäftssparten behaupten können. Wichtig sind hier besonders die Vermögensverwaltung (speziell für Privatkunden; die Depotvermögen auf Schweizer Banken werden von Insidern auf über eine Billion Franken geschätzt), der Gold- und Devisenhandel und der Finanzplatz Schweiz als zweitwichtigster Kapitalmarkt (langfristige Anleihen in Schweizer Franken). Es besteht dabei ein enger Zusammenhang zwischen dem Know-how und der Plazierungskraft der Schweizer Banken in der Vermögensverwaltung und der Entgegennahme von Fluchtgeldern (Anlage in Wertpapieren oder in Form von Treuhandgelder) und zwischen Gold- und Devisenhandel und Geldwäscherei. Die Geldwasch- und Dreckgeschäfte der Banken werden dabei von einer ausgeklügelten Kombination verschiedenster Gesetze wie Bankgeheimnis, Steuer- und Strafgesetzgebung und einer äusserst restriktiven internationalen Rechtshilfepraxis abgesichert.

Die riesigen, von den Schweizer Banken verwalteten ausländischen Vermögen konnten und können natürlich nicht alle in der Schweiz selber zu lukrativen Bedingungen angelegt werden. Deshalb hat sich der Finanzplatz Schweiz vor allem zur *Drehscheibe* internationaler Geld- und Kapitalströme entwickelt. Bis Ende der 60er Jahre wurde das Bankgeschäft fast ausschliesslich noch von der Schweiz aus betrieben, entsprechend gering war die Zahl ausländischer Niederlassungen. Das hat sich in den 70er Jahren beschleunigt verändert, und zwar speziell im Zusammenhang mit dem Entstehen der sogenannten Euromärkte. Internationalisierte sich in den 50er Jahren vor allem das Handelskapital und in den 60er Jahren das produktive Kapital (Stichwort: Direktinvestitionen), welches bereits eine neue Art internationaler Präsenz von den Banken erforderte, so fällt der eigentliche Beginn der Internationalisierung des Banken- und Finanzkapitals in die 70er Jahre.

Zeitlich und strukturell fällt diese Phase zusammen mit der rasant wachsenden Verschuldung der Dritten Welt.

Euromärkte und Transnationalisierung der Banken

Den äusseren Anlass zum Aufschwung der Euromärkte, wo „fern“ von staatlichen Gesetzgebungen und Zentralbankenaufsicht Währungen „vermarktet“ werden, bildeten zwei Schlüsselereignisse: Die Aufhebung des Gold-Dollar-Standards und bald darauf (1973) der Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods und damit des Systems fester Wechselkurse. Die eigentliche Transnationalisierung der Banken konnte beginnen. Eröffnet wurde damit auch eine neue Dimension des globalen Spekulationsgeschäftes, das teilweise die Kehrseite der Entwicklung neuer Finanzierungsinstrumente zur Absicherung gegen die nun akut drohenden Investitionsverluste als Folge von Währungsschwankungen war (vgl. auch den Börsencrash 1987).

Die Transnationalisierung der Banken war aber auch die Voraussetzung, um das in den 70er Jahren massiv auftretende, anlagesuchende Kapital rentablen Bestimmungsorten zuzuführen. Dieses umfasste zum einen die sogenannten Petrodollars und zum anderen die im Gefolge der Rezession 1973/74/75 in den Industrieländern selber nicht mehr verwertbaren Kapitalien. Ihnen sollten neue Märkte erschlossen werden. Diese wurden vornehmlich in den Ländern der Dritten Welt denn auch gefunden. Eine aggressive Vermarktungsstrategie der Banken, gepaart mit niedrigsten Zinssätzen für Kredite (die real sogar negativ waren) und Konsumtionswünschen der „peripheren“ Eliten, liess die Aussenschuld dieser Länder rasant ansteigen. (Über die Einzelheiten dieses Verschuldungsprozesses ist besonders in den letzten zwei Jahren viel publiziert worden).

Wie bereits gezeigt worden ist, besass das schweizerische Kapital, absolut betrachtet, nie eine führende Stellung in diesem Drittwelt-Geschäft, auch wenn sein Einfluss in einigen Schwerpunktländern gross war und noch ist. Die Ausnahme bildet hier allerdings das Geschäft mit der Kapitalflucht. Dabei werden neben den „normalen“ Guthaben/Verpflichtungen nur die Treuhandgelder (praktisch 100 Prozent Fluchtgelder) von der Nationalbank statistisch ausgewiesen, nicht aber die Wertschriftendepots auf Schweizer Banken. Dennoch lassen sich Schätzungen anstellen, wobei die „Aktion Finanzplatz“ zu einem Gesamtbetrag von weit über 100 Milliarden Franken an Fluchtgeldern aus der Dritten Welt kommt. Ein Professor aus den USA schätzte sie 1984 sogar weit über 200 Milliarden Franken. Die Treuhandgelder, die im Ausland-Ausland-Geschäft ein Steuerprivileg geniessen, wurden dabei zur Hauptsache in die expandierenden Euromärkte geschleust, da hier hohe Renditen winkten. Zum Teil gelangten sie als Kredite wieder in die Dritte Welt, die damit also doppelt zahlt(e). Die Relevanz dieses Geschäfts lässt sich leicht vorstellen, wenn man die Schätzungen der Weltbank nimmt, wonach rund ein Drittel aller Neukredite an die Dritte Welt im Rahmen der Kapitalflucht schliesslich auf Bankkonten zum Beispiel in der Schweiz par-

kiert wurden. Funktioniert der Finanzplatz Schweiz dabei vor allem als Drehscheibe für Fluchtgelder, so sind die USA grösster Bestimmungsort für die Anlage solcher Gelder. Diese bilden heute einen wichtigen Teil der Aussenschuld der Dritten Welt, für einige Ländern entsprechen sie sogar der gesamten Aussenschuld.

Die Wende von 1982

Mit der Zäsur von 1982 änderten sich auch die Strategien der internationalen Banken. Konnte bis zu diesem Zeitpunkt das profitträchtige Drittwelt-Geschäft quasi „frisch von der Leber weg“ betrieben und konnten während der Reaganschen Hochzinspolitik jährliche Zinsen von bis zu 25 Prozent eingestrichen werden (die meisten Drittwelt-Kredite sind mit variablen Zinssätzen versehen, die laufend an das internationale Zinsniveau angepasst werden), lautete die Devise jetzt, noch möglichst viel aus den Schuldnerländern herauszuholen, jedoch nur soweit, als das internationale Finanzsystem in seinem Gesamtbestand dadurch nicht gefährdet wird. Vordringlich war besonders für die gefährdeten US-Banken die Bildung von Rückstellungen für ihre Risikokredite. Hier besaßen die Schweizer Banken eine komfortablere Ausgangslage (s.o.). Gleichzeitig sollten den multilateralen Institutionen wie IWF und Weltbank vermehrt (auch finanzielle) Aufgaben in der Schuldenökonomie übertragen werden. Die Intensivierung der Beziehungen der Schweiz zu diesen Institutionen fällt nicht zufällig in diese Zeit (s.o.). Begleitet worden ist diese Politik von einem teilweisen Rückzug der internationalen Banken aus dem Drittwelt-Geschäft und/oder von einer Konzentration ihres Engagements auf für sie strategisch wichtige Länder. Das gilt speziell auch für die Schweizer Grossbanken.

Eine wichtige Rolle spielt hier die Entwicklung neuer Finanzierungsinstrumente, die unter dem Stichwort „Securitization“ segeln. Vereinfacht gesagt, handelt es sich darum, dass der traditionelle Kredit ersetzt wird durch „verbriefte Kredite“ in Wertpapierform. Für die Banken ergeben sich zwei Vorteile. Einerseits werden „Kredite“ so unbeschränkt handelbar und fügen sich damit logisch ins Globalisierungszeitalter mit all seinen technologischen Innovationen, die das „Banking“ ortsungebunden rund um die Uhr ermöglichen, ein. Andererseits treten die Banken primär als Vermittler auf und tragen so nicht mehr selber das Risiko, sondern leben vielmehr von lukrativen Gebühren. Weiter gibt es für dieses Wertpapiergeschäft keine verbindlichen Vorschriften für die Eigenkapitalunterlegung. Dies ist für die Banken wichtig in einer Zeit, in der sie Rückstellungen für bereits bestehende, notleidende Kredite bilden müssen. Die Wertpapiermärkte haben entsprechend gigantische Wachstumsraten verzeichnet. So sanken auf den internationalen Finanzmärkten die syndizierten Kredite (Gemeinschaftskredite, die von einem Bankensyndikat meist an einen einzelnen Kreditnehmer gegeben werden) von 98,9 Mrd. Dollar (1982) auf 42 Mrd. Dollar (1985). Demgegenüber stiegen die Wertpapierfinanzierungen von 80,9 Mrd. Dollar (1982) auf 232,8 Mrd. Dollar (Gehrig 1987, S.79). Das gleiche Bild ergibt sich für die Schwei-

zer Grossbanken. Brachte ihnen das klassische Zinsdifferenzgeschäft (Stichwort: Kreditgeschäft) 1972-1975 noch durchschnittlich 30 Prozent ihrer Einnahmen, waren es zwischen 1980 und 1985 durchschnittlich nur noch 15 Prozent (Brillard 1987, S.219f.). Mit dem Börsencrash ist diese Entwicklung zwar etwas gebremst worden, der Trend jedoch ist geblieben.

Ihre Relevanz für die Schuldenökonomie der Banken besitzt diese Entwicklung auch im Zusammenhang mit den sogenannten Sekundärmärkten auf denen Schuldtitel der Dritt-Welt-Länder gehandelt werden (vgl. Beitrag von Mark Wyrsh in dieser Nummer). Hier ist der Ort, wo die internationalen Banken Schuldtitel mit Abschlägen bis über 90 Prozent abstossen (z.B. von Peru und Nicaragua). Neuerdings versucht übrigens die Internationale Finanz-Corporation, eine Tochter der Weltbank, unter den Stichworten „Wachstumsförderung in der Dritten Welt“ (v.a. in Schwellenländern) und „Mobilisierung von Portfolioinvestitionen“ Hilfestellungen für die Entwicklung der Aktienmärkte und -börsen in diesen Ländern zu leisten. Damit sollen u.a. für internationale (institutionelle) Anleger Möglichkeiten geschaffen werden, ihre Wertschriftenportefeuilles in die Dritte Welt zu diversifizieren. Wie bei den Debt-Equity-Swaps (vgl. Mark Wyrsh), die Teil dieses Konzeptes bilden, werden natürlich nur Aktien des übriggebliebenen, rentablen Kerns der Unternehmen in diesen Ländern ins Auge gefasst. Damit soll der Ausverkauf der noch „gesunden“ wirtschaftlichen Substanz an ausländische Investoren weiter vorangetrieben werden. In welchem Ausmass hier neue Entwicklungen eingeläutet werden, kann heute allerdings nur schwer eingeschätzt werden. Die These vom Ausverkauf wird jedoch insofern von verschiedenen Aussagen untermauert, als diese sich darin einig sind, dass die bisher getätigten Schuldenswaps kaum oder gar nicht zu eigentlichen Neuinvestitionen geführt haben.

IV. Das Schweizer Kapital: profitorientiert und sicherheitsbedacht

Im Gegensatz zum Stichjahr 1982 dürfte sich heute die allgemeine Erkenntnis durchgesetzt haben, dass es sich beim Verschuldungsproblem nicht um eine kurzfristige Liquiditätskrise handelt, sondern dass die Drittwelt-Länder in einer ernsthaften Strukturkrise stecken. Darauf weisen auch die – allerdings widersprüchlichen – verbalen Bekenntnisse der wichtigsten Industrieländer zu Schuldenerleichterungen gegenüber den ärmsten Drittwelt-Ländern hin. Partizipieren die Schweizer Grossbanken auf der einen Seite weiterhin und ungehemmt am globalen Finanzexpansionismus und dem „Übernahmefieber“, so zeigen die beschriebenen Entwicklungen auf der anderen Seite, dass von ihnen ein relativ rascher und vergleichsweise überproportionaler Rückzug aus den Risikoinvestitionen in der Dritten Welt betrieben worden ist. Gerade in bezug auf Lateinamerika treten hier die nicht ganz identischen Interessen der Schweiz und der USA zutage, welche in ihren wirtschaftlichen Aussenbeziehungen viel stärker und einseitiger als die Schweiz auf diesen Kontinent fixiert sind.

Gleichzeitig kann ein neuer Regionalismus konstatiert werden. Der afri-

kanische Kontinent wird von den privaten Investoren mehr oder weniger fallengelassen (Ausnahme: Südafrika), während in den lateinamerikanischen Schwellenländern weiterhin Interessen bestehen bleiben, da das wirtschaftliche Potential in diesen Ländern als noch erheblich eingeschätzt wird. Gleichzeitig findet insgesamt eine Verlagerung der Investitionen in den Fernen Osten statt. Diese Entwicklung verläuft parallel auch im Aussenhandel. Gegenläufig dazu werden die fallengelassenen afrikanischen Länder dem Krisenmanagement von DEH und BAWI und den Entwicklungshilfsprojekten „überlassen“, überwiegen doch gegenüber den afrikanischen Ländern die staatlichen Gläubiger (gilt auch für die Schweiz) bei weitem. Nicht zufällig werden denn auch gerade für die ärmsten Länder Afrikas – zum Beispiel im Pariser Club, dem Umschuldungsgremium der Gläubigerstaaten – Schuldenerleichterungen diskutiert und ins Auge gefasst. Für die Schwellenländer Lateinamerikas sind solche von den „westlichen“ Gläubigerländern bisher nicht einmal im Ansatz in Betracht gezogen worden.

Dabei besteht in der Entschuldungsfrage durchaus eine leichte Interessendivergenz zwischen Bankenkapital einerseits und Industrie- und Handelskapital andererseits. Entschuldungsmassnahmen könnten die Kaufkraft in den Schuldnerländern wieder auf ein Niveau heben, das diese für die auf kaufkräftige Binnenmärkte angewiesenen Multis und Handelskapitalien erneut für ein neues finanzielles Engagement attraktiv erscheinen liesse. Die einseitig an einem möglichst ungehinderten Schuldendienst (Zinsen + Amortisationen) interessierten Banken sehen dies sicher anders. Dies sollte allerdings nicht davon ablenken, dass heute für das Schweizer Kapital nicht die Dritte Welt und das Verschuldungsproblem im Mittelpunkt ihrer mittelfristigen Strategien steht, sondern das Interesse, den Anschluss im Fernen Osten und im künftigen EG-Binnenmarkt nicht zu verpassen. Dies geht heute umso leichter, als inzwischen auch die US-Grossbanken soweit Rückstellungen für ihre Problemländerkredite vorgenommen haben, dass ohne kurzfristige Gefährdung des internationalen Finanzsystems wieder eine härtere Haltung gegenüber den Schuldnerländern eingenommen werden kann. Entsprechend beklagen selbst Weltbank und IWF die fehlende Bereitschaft der internationalen Gläubigerbanken, neues „fresh money“ für die Dritte Welt im Zusammenhang mit Umschuldungen und Überbrückungskrediten bereitzustellen.

Damit ist bereits angetönt, dass die aktuellen Entwicklungen mittelfristig kaum eine grundsätzliche Änderung erfahren dürften. Neue finanzielle Mittel werden so – direkt und indirekt – vorwiegend nur über die öffentliche Hand mobilisiert werden können; und dies fast ausschliesslich über multilaterale Institutionen (Weltbank, IWF, BIZ u.a.). Das Gleiche gilt für allfällige Entschuldungsmassnahmen. Für die Schweiz wird dies – wegen der immer noch schwachen und zum Teil zersplitterten Opposition – zu einer weiteren Multilateralisierung ihrer Finanzhilfen führen und damit zu einer noch engeren Anlehnung an die multilateralen Institutionen wie Weltbank, IWF, Pariser Club etc., wobei ein Beitritt der Schweiz zum IWF für die herrschende, mit dem Finanz- und Industriekapital verflochtene Klasse vorderhand nicht opportun ist.

Neben allgemeinen Forderungen nach einem Schuldenerlass sollten für die entwicklungspolitisch engagierten Kreise derzeit zwei Themen im Vordergrund stehen: Die Sozialisierungs- und Entschuldungsdebatte im Zusammenhang mit der maroden ERG sowie die Rückdämmung der nach wie vor in Schweizer Banken fließenden Fluchtgeldströme und auch des Schuldendienstes. Denn eines zeigen die Zahlen klar: Die Auspowerung der Dritten Welt durch den „Norden“ geschieht heute in der Form der Subventionierung des „Nordens“ durch den „Süden“ (Nettokapitalströme, terms of trade der Rohstoffe).

Literatur

- Altwater, Elmar, 1987: Sachzwang Weltbank. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien. Hamburg
- Altwater et.al., 1987: Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise. Berlin.
- Erklärung von Bern, 1988: Die Verschuldungskrise – ein Wirtschaftskrieg. Kritik an der schweizerischen Beteiligung an der ESAF. Red. P. Bosshard, Zürich
- Bauer, Tobias/Mugglin, Markus, 1988: Beihilfe zur Verarmung. Über das Verhältnis der Schweiz zur Dritten Welt. In: Mosquito Mai 1988.
- Bauer, Tobias/Mugglin, Markus, 1986: Mischelkredite für Exporthaie. In: Mosquito 4/88 (Mai), S. 5-11.
- Brailard, Philippe, 1987: Der Finanzplatz Schweiz. Genf
- „Finanzierung und Entwicklung“, Dez. 1988, hsgg. v. Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Zusammenarbeit mit dem HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg.
- Füssli, Kuno/Hinkelammert, Franz/Mugglin Markus/Vidales Raul, 1989: „... in euren Häusern liegt das geraubte Gut der Armen“. Ökonomisch-theologische Beiträge zur Verschuldungskrise. Edition Exodus, Fribourg.
- Gehrig, Bruno, 1987: Die schweizerischen Finanzmärkte im Globalisierungsprozess. In: Hirszowicz 1987, S. 13ff.
- Gerster, Richard, 1987: Aus Fehlern lernen? Die Schweiz und die Dritte Welt. Zürich.
- Gerster, Richard, 1988: Finanzflüsse Schweiz-Dritte Welt: Wer finanziert wen? In: Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (Hrsg.): 10 Jahre Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt. Ein Tagungsbericht. Bern, S. 4-22.
- Hänsenberger, Urs, 1988: Globalisierung und Deregulierung. Zu einigen Tendenzen der Entwicklung der Weltwirtschaft heute und zur Rolle des Finanzplatzes Schweiz. In: Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt (Hsg.): 10 Jahre Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt. Ein Tagungsbericht. Bern, S. 23-34.
- Hänsenberger, Urs, 1987: Dossier „Verantwortungsvolle Geldanlagen“. Bern. (erhältlich bei: Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt, Mühlemattstr. 31, 3007 Bern)
- Haymoz, Urs, 1983: Schweiz-Dritte Welt: Folgen der Verschuldung. In: WIDERSPRUCH 5, S. 20ff.
- Hirszowics, Christine (Hsg.), 1987: Internationale Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz. Bern und Stuttgart.
- Jahrbuch Schweiz-Dritte Welt. Institut Universitaire d'Etudes du Developpement IUED. Genf. (Diverse Jahrgänge)
- Mugglin, Markus, 1988: Mit der Krise leben – mit der Krise sterben. In: Wochen-Zeitung v. 29.7.88.
- Schubert, Alexander, 1985: Die internationale Verschuldung. Die Dritte Welt und das transnationale Bankensystem. Frankfurt a.M.
- Schweizerische Nationalbank: Das schweizerische Bankwesen im Jahre... Zürich.
- Strahm, Rudolf H., 1985: Exportzwänge, Exportsubventionen und ihre Alternativen. In: Erklärung von Bern (Hrsg.): Solidarisches Handeln in Wirtschaft und Politik. Vier Referate aus der Sicht von Theologie und Wirtschaftspolitik. Zürich, S. 31-39.
- Strahm, Rudolf, 1983: Wirtschaftskrise und strukturelle Gewalt gegen die Dritte Welt. In: WIDERSPRUCH 5, S. 5ff. Zürich.
- Ziegler, Jean, 1982: Das Schweizer Imperium. Reinbek bei Hamburg.